



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

85. Sitzung (öffentlich)

29. September 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 12:19 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW	6
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
2	Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung	13
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) 16

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5520 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/5784

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

4 Realitätsferne Grenzwertpolitik – Die Landesregierung muss sich gegen die automobilindustriefeindliche EURO7 Abgasnorm der EU einsetzen! 19

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12746

Ausschussprotokoll 17/1439 (Anhörung am 02.06.2021)

Stellungnahme 17/3969
Stellungnahme 17/3970
Stellungnahme 17/3972
Stellungnahme 17/3980
Stellungnahme 17/3981

- Abstimmung gemäß Vereinbarungen der Fraktionen
- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

5 Flächenverbrauch im Regierungsbezirk Arnsberg – Wie stellt die Landesregierung die Flächensparsamkeit sicher? (Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1]) 22

Vorlage 17/5786

- Wortbeiträge

6 Was tut die Landesregierung, um eine Eskalation in Lützerath zu verhindern? *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **24**

Vorlage 17/5765

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge

7 Verschiedenes **32**

- keine Wortbeiträge

* * *

4 Realitätsferne Grenzwertpolitik – Die Landesregierung muss sich gegen die automobilindustriefeindliche EURO7 Abgasnorm der EU einsetzen!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/12746

Ausschussprotokoll 17/1439 (Anhörung am 02.06.2021)

Stellungnahme 17/3969
Stellungnahme 17/3970
Stellungnahme 17/3972
Stellungnahme 17/3980
Stellungnahme 17/3981

– Abstimmung gemäß Vereinbarungen der Fraktionen

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend –, an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, an den Ausschuss für Europa und Internationales sowie an den Verkehrsausschuss am 03.03.2021)

Christian Loose (AfD) führt aus, der Antrag greife eines der vielen Themen auf, mit denen die EU in das Leben aller hineinregieren wolle. Laut Professor Schreckenbergs mangle es der Politik an einem Gesamtkonzept, sei die Verschärfung einzelner Grenzwerte nicht sinnvoll und stünden für die Menschen zwei Faktoren beim Autokauf besonders im Vordergrund, nämlich der niedrige Preis und möglichst schnell von A nach B zu kommen. An letzter Stelle habe dagegen für die Bürger die sogenannte Klimaneutralität gestanden.

Ideologen in der Politik – egal, ob in der EU, beim Bund oder im Land – versuchten, insbesondere am Parameter Preis zu drehen. Das gelinge am einfachsten durch massiv verschärfte Grenzwerte; denn dann müssten neue Reinigungsanlagen eingebaut werden, die laut Aussage des renommierten Professors Wellnitz bis zu 10.000 Euro kosteten. Würden Wagen mit Verbrennungsmotoren massiv verteuert und gleichzeitig E-Autos massiv subventioniert, kauften, so hofften einige ideologische Politiker, die Bürger endlich E-Autos.

Die Grenzwerte beruhten nicht auf medizinischer Grundlage. Das habe Herr Schraag, der seit Jahren als Gutachter für medizinische Produkte und medizinische Richtlinien auftrete, deutlich gemacht und die aktuellste Studie zum Bereich der Stickstoffdioxide angesprochen. Erst bei einer dauerhaften lebenslangen Belastung der Bürger von mehr als 100 Mikrogramm pro Kubikmeter komme es zu einer gesundheitlichen Einschränkung, und zwar nur für besonders sensible Bürger; andere seien überhaupt nicht betroffen. Alle Werte in den Innenstädten lägen deutlich unter diesem Wert. Eine weitere Verschärfung dieser Grenze bringe somit laut dem Experten keinerlei medizinischen Nutzen.

Durch eine Verteuerung der Autos über medizinisch unnötig verschärfte Grenzwerte hätten die Bürger weniger Geld für andere Dinge. Geld fehle dann für die Bildung der Kinder oder die eigene Gesundheitsvorsorge. Eine solche Politik schade den Bürgern. Das hätten auch Hersteller und Zulieferer erkannt und ebenfalls gegen die viel zu scharfen Grenzwerte opponiert. Die EU sei zumindest zwischenzeitlich eingeknickt und von der realitätsfernen Vorstellung der Grenzwerte abgerückt. Der vorliegende Antrag sei somit richtig und habe zur wichtigen Debatte und vielleicht auch zum Umlenken in der Politik beigetragen.

Dietmar Brockes (FDP) bemängelt, der Antrag basiere auf überholtem Sachverstand. Die Anhörung sei genutzt worden, um die Regulierungen auf Basis der Sachverständigenaussagen weiterzuentwickeln. Regulierungen müssten verständlich und handhabbar sein. Wichtig sei eine klare, schlanke und technologieoffene Gesetzgebung.

Professor Schreckenberghabe noch einmal die Bedeutung ganzheitlicher Mobilitätskonzepte hervorgehoben.

Björn Franken (CDU) hält eine Argumentation gegen Elektromobilität nur bei Ausblendung des Klimathemas für möglich. Da die AfD die Realität verkenne, seien ihre Äußerungen nicht schlüssig. Entgegen früherer Aussagen der AfD-Fraktion werde China zum Zugpferd der Elektromobilität. Auch die Entscheidungen der chinesischen Regierung zur Kohleverstromung hätten sich signifikant geändert.

Ziel müsse eine technologieoffene Entwicklung sein. Lob habe es in der Anhörung unter anderem für das Industriepolitische Leitbild Nordrhein-Westfalens gegeben. Die Haltung der AfD hätten die Sachverständigen dagegen nicht geteilt. Der VDA-Brancheverband schätze die Euro-7-Norm durchaus als machbar ein. Überwiegende Einigkeit habe auch darüber bestanden, dass durch die Euro-6d-Temp-Norm sauberere Autos auf den Straßen führen.

Frederick Cordes (SPD) schickt voraus, die Ergebnisse der Anhörung hätten die ablehnende Haltung der SPD-Fraktion verstärkt. Es sei mehr als deutlich geworden, dass die antragstellende Fraktion versuche, ein nicht existierendes Schreckgespenst aufzubauen. Durch die EU-Grenzwerte stelle sich die Automobilbranche endlich auf Klimaschutz und emissionsfreie Mobilität ein und nehme entsprechende Zukunftsinvestitionen vor. Ohne verbindliche Regeln dauere dieser Prozess erheblich länger und komme für wirksamen Klimaschutz zu spät.

Die Tatsache, dass immer mehr Länder wie Kanada, Großbritannien oder Norwegen Enddaten für die Zulassung von Pkw mit fossilen Verbrennungsmotoren festlegten und zudem immer mehr Automobilkonzerne den Umstieg auf emissionsfreie Motoren und damit den Ausstieg aus der Verbrennungstechnologie bekannt gäben, zeige, dass der Trend nicht mehr aufzuhalten, technologisch sinnvoll und wirtschaftlich machbar sei.

Die AfD bleibe mit dem Antrag im 20. Jahrhundert stehen, gefährde das Klima und vernichte Arbeitsplätze. Als Wirtschaftsstandort habe NRW und Deutschland insgesamt nur eine Chance, auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb ganz oben

mitzuspielen, wenn man die Entwicklung ernst nehme und sich an die Spitze der Antriebswende stelle. Das habe auch Herr Koska vom Wuppertal Institut deutlich gemacht.

Klimaneutrales Wirtschaften bringe neue Arbeitsplätze und sichere den Industriestandort Nordrhein-Westfalen, wenn es in den nächsten 10 bis 15 Jahre nicht zu Strukturbrüchen komme.

Wibke Brems (GRÜNE) hält den Antrag der AfD-Fraktion für einen oberflächlichen und nicht aussagekräftigen Versuch, sich gegen die Zukunft zu stellen. Die Elektrifizierung sei sowohl wettbewerbstechnisch als auch ökologisch notwendig. Das habe Herr Koska vom Wuppertal Institut bekräftigt. Im Rahmen der Anhörung habe sich auch erwiesen, dass der Antrag nicht die dringend notwendigen Fragen und Maßnahmen adressiere; die im Antrag enthaltenen Forderungen seien realitätsfern.

Christian Loose (AfD) rät, sich die wissenschaftliche Expertise von Herrn Koska anzuschauen. Herr Professor Wellnitz habe selbst schon Autos gebaut und Bücher dazu geschrieben: Er habe das erste wasserstoffgetriebene Rennauto in Deutschland selbst gebaut und gefahren.

Die Konsequenzen der Politik in Bezug auf E-Autos würden in Großbritannien deutlich. Dort sei eine Stromrationierung beschlossen worden, sodass private Heimladestationen zu bestimmten Uhrzeiten geschlossen werden könnten.

Großbritannien verfüge kaum über Kohlekraftwerke, sondern nutze hauptsächlich Erdgaskraftwerke und Windindustrie. Das habe zu einer deutlich stärkeren Auslastung der Erdgaskraftwerke im Sommer geführt. Nun seien die Speicher weitgehend leer, und der Gaspreis steige von 20 auf 60 Euro pro MWh.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

